

Ames Erweiterung
betriebs sucht aufstehende
interne angrößen

Darlehen

**Korsett-
Anfertigung**
s. Maß, auch bei Stoff-
gabe, neue moderne
saute Formen, R. mit
bbinde, U. Korsett,
für Karte Damen, da-
m. ausstehende Korsetts,
m. Korsetts, Badfisch-
binder, R. und Reißchen-
denhalter, gute Korsetts,
s. Maße, Einlagen, im
rau schauus,
Hofstr. 19, 1. Etg.

**er sucht Stelle
in Komm.**

suchen an allen Lagen
Gärtner, auch Anst.
Betriebe, für den Best.
Wach- und Toiletten-
zu Gebäuden.
wird in Kommission
den.
12440m
ig. H. Hofstr.
Hofstr. 19, 1. Etg.,
Oranienstr. 23.

**Räse-
ab und Farbe**

in der bekannten
Qualität vorrätig.
Hofstr. 19, 1. Etg.

Es gilt!
zu Johannisbeeren
(Solbeeren)
Hofstr. 19, 1. Etg.

Antikaffee
national, laus gegen
lung bei Erkältung,
Hofstr. 19, 1. Etg.

**ohnungs-
tausch.**

Gegenwohnung, im
Mitt. der Stadt, gegen
Bett in Hofstr. 19,
Hofstr. 19, 1. Etg.

Derwagen

gerem Laufe, zu
schick, in
abzugeben in
Hofstr. 19, 1. Etg.

Ofen

fen.
Hofstr. 19, 1. Etg.

maschine

000,- 200.
Hofstr. 19, 1. Etg.

**Langhauf-
degarne,**

Rehl-Gilde,
Hofstr. 19, 1. Etg.

Knabenbrud,
Hofstr. 19, 1. Etg.

erkalb

geignet, zu
Geschäftsfelle.

umdung

weiter zu ver-
sch. in Hofstr.
Hofstr. 19, 1. Etg.

Bocholter-Borkener Volksblatt

**Rheder Volkszeitung
Anholt-Iselburger Zeitung**
Organ der Zentrumspartei

Anzeigenpreis: Für Einzelstücke der 36 Millimeter breit,
1 Millimeter hohe Raum 50 J. Ausdrücke 60 J. Tag-
anzeigen das Millimeter 2,00 J. Hierfür 50% Treue-
zuschlag. Anst. u. Angebotsgeb. 1,50 J. Bei Lage-
gebung, Konfession usw. wird d. berechnete Nachsch. hinzugef.

Amstlicher Anzeiger des Landratsamts, von Bürgermeisterämtern u. Ämtern des Kreises Borken

51. Jahrgang

Dienstag, den 11. Juli 1922

Nummer 168

Der Kampf um die Regierungsumbildung.

Die Stellung der Sozialdemokratie.

1. Berlin, 10. Juli. Die Besprechungen, die am Samstagmittag zwischen den Vertretern der Koalitionsparteien stattgefunden haben, führten zu keiner Klärung der Lage, soweit die Regierungsbildung in Frage kommt. Der Vorwärtsgang ist infolgedessen in Drohungen an die Adresse der bürgerlichen Parteien. Er stellt die Reichstagsauflösung als wahrscheinlich hin und schreibt: Kinderel, wenn man drüber glaubt, man könne zwischen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten einen Kreisstrich machen, der die Bode von den Schafen trennt! Torheit, wenn man glaubt, die gefährliche Situation dieses gewitterschwangeren Juli mit kleinen taktischen Schläuchen meistern zu können! So sei es noch einmal in alle Ohren geschrieben: Das Gesetz zum Schutz der Republik wird von einer republikanischen Mehrheit gemacht werden, oder es wird nicht zustande kommen. Die Regierung Wirth wird mit einer republikanischen Mehrheit regiert oder sie wird stürzen. Dieser Reichstag wird von einer republikanischen Mehrheit geführt oder er wird der Auflösung verfallen. Eine republikanische Mehrheit kann aber im Reichstag nur durch Zuziehung der Unabhängigen gebildet werden.

Zu dieser emphatischen Erklärung sei zunächst bemerkt, daß man im Rechtsausschuß an dem Gesetz zum Schutz der Republik sachlich und ohne Aufregung arbeitet. Es liegt also gar kein Grund vor, derartige Töne anzuschlagen, wie es der Vorwärtsgang beliebt. Von den besonnenen Führern der Sozialdemokratie, wozu allerdings die Vorwärtsgangredakteure nicht zu rechnen sind, wird erwartet, daß sie es sich dreimal überlegen, ehe sie aus sachlich durchaus unzureichenden Gründen zu einer Reichstagsauflösung treiben, der ein Wahlkampf folgen müßte, für den die Sozialdemokratie nur eine unzureichende Parole hätte. Um ein Beispiel anzuführen, wie ruhig man im Rechtsausschuß arbeitet, sei darauf verwiesen, daß die Bestimmung, wonach Mitglieder ehemaliger deutscher regierender Familien aus Deutschland ausgewiesen werden können, wenn sie nach dem Schutzgesetz bestraft worden sind, gestrichen worden ist, und der sozialdemokratische Minister des Innern Räder sich damit einverstanden erklärt hat.

Der Vorwärtsgang will die Erledigung des Schutzgesetzes in ein Prokrustesbett zwingen, wenn er dafür eine „republikanische“ Mehrheit in ganz bestimmter Zusammensetzung verlangt. Dem steht das Zentrum eine ganz andere Parole gegenüber, die sich schon besser lassen kann: Zusammenarbeit aller derer, die die Verfassung und den gegenwärtigen Staat mit allen Mitteln, die nicht ungerecht sind, gegen ihre Feinde schützen wollen.

S. P. D. Forderungen zum Ausnahmegezet. II. Berlin, 10. Juli. (Draht.) Die heute früh stattgefunden interfraktionelle Besprechung der Reichstagskammer Dr. Wirth und die Minister Dr. Radbruch und Erdner betrauten, behandelte das Ausnahmegezet, das vor der Reichstagsauflösung im Rechtsausschuß beraten werden soll. Von sozialistischer Seite wurde die Annäherung der Führer im Eisenbahnerstreik verlangt, von den bürgerlichen Parteien aber nicht zugestanden. Bezüglich der Regierungsumbildung zeigten sich die Sozialisten verstimmt durch die Koalitionsverhandlungen mit der Deutschen Volkspartei seitens des Zentrums und der Demokratischen Partei. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß es sich bisher nur um eine Anfrage gehandelt habe.

III. Berlin, 10. Juli. (Draht.) Wie wir hören, wird heute eine Fraktionsstimmung der Mehrheitsfraktionen stattfinden, in der die Partei endgültig zum Gesetz zum Schutz der Republik und zu der durch die bisherigen Verhandlungen der Regierungsvorlage geklärten Lage Stellung nehmen wird.

Scheidemann für die Auflösung des Reichstages. 1. Frankfurt a. M., 10. Juli. Oberbürgermeister Scheidemann sprach gestern in dem dichtgefüllten Saale des Palmengarten über die Entwicklung der politischen Zustände Deutschlands seit 1918. Einer der größten Fehler von 1918 sei der gewesen, die Freiheit der Presse aufrecht zu erhalten. Gegen die Reaktion müsse der Kampf bis aufs Messer geführt werden, wenn man nicht selbst dem Messer oder Revolver zum Opfer fallen wolle. Gegen die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Koalition sprach sich Scheidemann ablehnend aus. Was man brauche, sei die Hilfe des ehrlich mitarbeitenden Bürgertums. Die sozialistischen Parteien allein seien nicht in der Lage, Deutschland zu repräsentieren, mit dem auch die Ententeländer, mit denen man noch sehr stark rechnen müsse, verhandeln müssen. Die Einigkeit unter den Arbeitern schreie fort, sie seien zum Kampf bereit, zum Kampf mit geistigen Waffen. Aber die Arbeiterschaft scheue auch den anderen Kampf nicht, wenn er ihr aufgezwungen würde. Das Gesetz zum Schutz der Republik würde bedrucktes Papier bleiben, wenn nicht der Wille dahinter stehe, das, was darauf stehe, in die Tat umzusetzen. Wenn die Reaktion weiter arbeite wie bisher, würde man in Deutschland den blutigen Bürgerkrieg haben. Schließlich meinte Scheidemann, man solle an das Volk appellieren und den Reichstag auflösen.

Eine Entschlebung der Deutschen Volkspartei. 1. Berlin, 10. Juli. Der gestern hier verammelte Hauptausschuß der Deutschen Volkspartei genehmigte nach einem Referat des Abg. Dr. Stresemann einstimmig eine Entschlebung d. politischen Lage, in der es heißt: Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei erhebt einmütig Protest gegen die Verpeftung unseres öffentlichen Lebens durch Verbotsorganisationen und durch Aufregung und Verleumdungen selbst. Die Maßregeln gegen solche Agitation und solche Organisationen finden keine Zustimmung. Der Staat und die Frage der Staatsform hat in dieser schweren Not unseres Vaterlandes zu schwelgen. Wir sind der Überzeugung, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist. Deshalb stimmen wir einem Gezet zum Schutze dieser Verfassung und der Bereitschaft der Reichstagsfraktion zu, an dem Gezet zum Schutze der Republik mitzuwirken. Wir sind mit der Annahme des Gesetzes einverstanden, wenn ihm der Charakter eines einseitigen Ausnahmegesetzes genommen wird. Von der Regierung verlangen wir Wiederaufrichtung der Staatsautorität gegen die Herrschaft der Straße und erheben den schärfsten Protest gegen die unerhörten Ausschreitungen bei den letzten Demonstrationen. Wir verwahren uns weiter gegen jede Schmäherung der Vergangenheit und unserer großen vaterländischen Geschichte. Wir wollen die Reichstagslage gegen Verleumdung und Beschimpfungen beschützt wissen, aber wir wenden uns ebenso gegen jede Beschimpfung der schwarz-weiß-roten Flagge, die geschichtlicher Kämpfe, errungen durch Einigkeit, uns nicht Farbe einer Partei, sondern Symbol ist. Wir haben ungeachtet der Agitation der Deutschnationalen Volkspartei bisher in guten Beziehungen zu ihr zu stehen versucht im Interesse der so notwendigen inneren Gesundung, wir wenden uns aber gegen jede Verhöhnung, auch durch rechtstabilisierende Elemente, mit rücksichtsloser Stärke.

Stegerwald zur Lage des Bergbaues. III. Essen, 10. Juli. Zur Lage im Ruhrbergbau nahm gestern eine große Konferenz der Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Betriebsräte und Vertrauensleute der christlichen Berufsverbände Stellung. In

seinem Vortrag bezeichnete Ministerpräsident a. D. Stegerwald einen Streik im Ruhrbergbau in der jetzigen Zeit als ein Verbrechen am Volke und an der Nation. Die Konferenz nahm nach längerer Beratung eine Entschlebung an, die die Mitglieder auf die bevorstehenden ausstehenden Verhandlungen im Bergbau hinweist und die weiter auffordert, der Parole auf Massenklüftung keine Folge zu leisten. Weiter heißt es: „Ein Streik im Ruhrbergbau bedeutet gegenwärtig Not und soziales Elend für unzählige Volksgenossen. In einer Zeit des Drudes durch den Versailler Friedensvertrag und der ausgepeitschten politischen Leidenschaften ist er ein Verbrechen am deutschen Volke! Mitglieder der christl. Berufsverbände (Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Eisenbahner usw.)! In dieser Stunde stehen wir einmütig an der Seite des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und bilden eine geschlossene Front aller christlichen nationalen Arbeiter! Das Schicksal der Bergleute und des Bergbaues ist auch unser Schicksal, ist das Schicksal des ganzen Volkes! Wir sind fest entschlossen, als christliche Gewerkschaftler mit unseren Freunden im ganzen Lande der Sache der Vernunft zum Siege zu verhelfen!“

Vor neuen Anleiheverhandlungen.

II. Paris, 10. Juli. (Draht.) Die schwere deutsche Finanzkrise beunruhigt weiterhin die englischen politischen Kreise, während man in Frankreich nicht geneigt zu sein scheint, diesem Problem sachlich näher zu treten. Der diplomatische Redakteur des Daily Telegraph erklärt, daß die englische Regierung sich eingehend mit dieser Angelegenheit morgen beschäftigen werde. Wenn es nicht möglich sein sollte, eine Tagung des Obersten Rates herbeizuführen, würde man wenigstens eine Konferenz der alliierten Finanzminister mit Finanzfachverständigen zustande zu bringen versuchen. Bedeutungslos ist eine Depesche des Finanzkorrespondenten des genannten Blattes in New York, worin es heißt, daß das Bekenntnis Deutschlands, die nächste Reparationszahlung nicht mehr leisten zu können, den finanziellen Kreisen nicht überraschend kam, weil man es nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen des Bankierkomitees früher oder später erwartet hatte. Uebrigens könnte diese Krise Vorteile haben, daß sie dazu zwingt, sich um Hilfe zu kümmern. Die amerikanischen Bankiers hüllen sich über ihre Haltung in Schweigen. Eine Stellungnahme der amerikanischen Regierung wird erst erfolgen, wenn ihr die offizielle Aufforderung zutommen würde, sich an einer Lösung des deutschen Finanzproblems zu beteiligen.

Außerordentlich bedeutsam ist, was wiederum der Daily Telegraph in seinem heutigen Leitartikel ausführt. Für dieses Blatt besteht kein Zweifel des Scheiterns der Verhandlungen des Anleihekomitees. Man hatte erwartet, daß das Garantiekomitee wiederum zusammentreten würde. Wegen der schweren deutschen Krise könnten aber die Alliierten nach einer Besprechung untereinander die Forderung erheben, daß die Tagung des Bankierkomitees sofort stattfinden, wobei dem Anleihekomitee alle Vollmachten übermitteln würden.

Während Daily Telegraph für eine rasche Hilfeleistung für Deutschland eintritt, wendet sich jetzt die Daily Mail außerordentlich dagegen, mit englischem Geld Deutschland zu Hilfe zu kommen.

Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen beantragt?

II. Paris, 10. Juli. (Draht.) Ueber den Inhalt des Moratoriumsgezet, das die Reichsregierung in der Kohlenfrage an die Reparationskommission gerichtet hat, meldet der „Matin“, daß Deutschland die Herabsetzung der Kohlenmenge um 30 Prozent beantragt habe mit der Begründung, daß das Reich zu dieser Reduktion gezwungen war, einmal durch den Kien-

lust der überschüssigen Kohlengelebe, dem 20 Prozent der Verminderung zuzuschreiben sei, zum andern aber infolge der Verminderung der eigenen Kohlenförderung, die die übrigen 10 Prozent ausmache.

Deutscher echter Erfüllungsbankrott. 1. Paris, 10. Juli. Der Oberster schreibt zu der deutschen Finanzkatastrophe: „Man darf nicht glauben, daß Deutschland einen betrügerischen Bankrott begeht, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Es ist selbst für die deutsche Schlaubeit unmöglich, in so kurzer Zeit eine derartige Katastrophe zu organisieren. Die Entwertung der Mark sei nicht auf den Schuldner, sondern auf den Gläubiger zurückzuführen.“

Die deutschen Zahlungen. III. Paris, 10. Juli. Der Londoner Berichterstatter des Bett Journal teilt mit, am kommenden Dienstag werde ein außerordentlicher Ministerrat unter Vorsitz Lloyd Georges abgehalten, der sich mit der Reparationsfrage beschäftigen werde. Der Berichterstatter glaubt, daß Lloyd George mit dem italienischen Außenminister Schanzer über die Einberufung des Obersten Rates sich verständigt habe und daß letzterer hierüber in Paris mit Poincare verhandeln werde. Lloyd George habe noch gestern Abend vor seiner Abreise aus dem Land mit Schanzer Horne gesprochen, der sich seinerseits sofort zu Chamberlain begeben habe. Letzterer empfing ihn sogar im Krankenzimmer. Die Unterredung habe sich auf die deutschen Zahlungen und auf die Kriegsschulden der Alliierten bezogen.

Bestätigung in Washington. 1. Paris, 10. Juli. Dem New York Herald wird aus Paris berichtet, der Handelsattaché der amerikanischen Botschaft in Berlin, Herrington, habe seiner Regierung einen Bericht über die finanzielle Lage Deutschlands übermittelt, der geradezu Bestätigung hervorgerufen habe. Diese Bestätigung sei noch verstärkt worden durch die Nachricht, daß die deutsche Regierung sich ansehe, einen neuen Zahlungsausschuß mit dem amerikanischen Botschafter in London über einen Bestand der amerikanischen Regierung verhandelt habe, das mit die finanzielle Katastrophe verhindert werden könne.

Deutsche Fronarbeit. 1. Paris, 10. Juli. Das Regional-Komitee des Departements Dordogne trat zusammen, um das Projekt von Le Troquer über die Dordogne-Regulierung zu prüfen. Man sprach sich für die Verwendung deutscher Arbeitskräfte aus, welche aber unter Leitung französischer Unternehmer und Ingenieure arbeiten müßten.

Kurze Nachrichten.

— Berlin, 10. Juli. Der Abgeordnete der tschechoslowakischen Nationalversammlung, Josef Pichonida, wurde gestern mittag in seiner Privatwohnung in Wilschowitz erschossen.

— Paris, 10. Juli. Die französische Kammer nahm den Gesetzentwurf an, durch welchen der 11. November eines jeden Jahres als Jahrestag des Waffenstillstandes zum Feiertag erklärt wird.

— Paris, 10. Juli. Der französisch-spanische Handelsvertrag wurde am 8. Juli abends im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten unterzeichnet.

— Paris, 10. Juli. Der amerikanische Eisenbahnerstreik hat in den letzten Tagen ernsthafte Folgen angenommen. Die Regierung hat die Einmischung dazu erteilt, daß die Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt werden dürfen. Besonders in Chicago sind energische Maßnahmen getroffen worden.

— Lissabon, 10. Juli. Die portugiesische Regierung hat am Sonntag eine revolutionäre Bewegung entdeckt. Es sind energische Maßnahmen ergriffen und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Zum Wiesbadener Abkommen.
1: Paris, 10. Juli. Die französische Kammer der Abgeordneten hat heute Nacht ihre Beratungen geschlossen, kam nicht dazu, das Wiesbadener Abkommen zu ratifizieren.

Einer Deputation der Kammerkommission für Meeresangelegenheiten, die gestern empfangen wurde, erklärte der Ministerpräsident, daß er, ohne die Ratifikation durch die Kammer abzuwarten, das Wiesbadener Abkommen, sowie die Zusatzabmachungen von Barmen und Gießen zur Durchführung bringen wolle.

In welcher Weise Poincaré das Problem lösen will, die Hochseeflotte, die auf deutsche Wasser gelegt sind, nicht durchzuführen, weil bei deren Anwendung jede Neutralitätsverletzung durch Deutschland an Frankreich unmöglich wäre, steht noch dahin. Es ist Paris glaubt aber zu wissen, daß der französische Ministerpräsident das Gesetz vom 16. Mai 1916 anwenden werde, wodurch die Regierung ermächtigt wird, alle ihr gut erscheinenden Zollmaßnahmen zu treffen. Auf dieses Gesetz gestützt, würden die Zollgesetze für Deutschland eine beträchtliche Beschränkung erfahren.

Das deutsche Eigentum in Amerika.
1: Paris, 10. Juli. Die Forderung des Präsidenten Harding, daß die Amerikaner die Grundbesitzer der amerikanischen Regierung zurückzuführen, erregt in den Kreisen dieser Gesellschaft weiterhin große Empörung. Der Präsident der Gesellschaft behauptet, daß die amerikanische Regierung zu ihrem Vorhaben durch drei Deutsche namens Rudolf Oppenheimer, Hans Wagner und Karl Holtermann verleitet wurde. Der von der Regierung Harding abgesetzte Esquier des beschlagnahmten deutschen Eigentums, Palmer, behauptet, daß die Übertragung der deutschen Patente an die vorgenannte Gesellschaft durchaus rechtmäßig erfolgt sei.

Deutscher Reichstag.

10. Juli. (Draht.) Die Interpellationen der Deutschnationalen betr. den Aufbruch in Thüringen und der Deutschen Volkspartei betr. die Vorkommnisse in Darmstadt seien in der gesetzlich gestellten Frist beantwortet worden.

Sodann folgt die Beratung des Interpellationsgesetzes der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Rechten über die Vorgänge der Sozialisten.

Abg. Hoff (Soz.) begründet den Gesetzentwurf, der die Reichsversicherung dahin abändert, daß nach der Reichsversicherung gebildet und die Leistungen bei den Invaliden, Alters- und Witwenrenten auf 8000 M. erhöht.

Abg. Karstens (U. S.): Die Rentensätze sind immer noch so gering, daß sie bei der Geldentwertung durchaus nicht ausreichen und somit für die Zukunft unsicher sind.

Ein Vertreter der Regierung erklärt, daß der Entwurf im allgemeinen Einklang mit der Regierung zustande gekommen sei.

Der Gesetzentwurf wird sodann in 2. Lesung angenommen mit einer kleinen Veränderung, ebenso auch in 3. Lesung.

Der Gesetzentwurf über Ermächtigung von Zollabgaben wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Sodann folgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik.

Abg. Rehl (Ztr.) erstattet ausführlich den Ausschussbericht. Der § 1 sei das Kernstück der

Vorlage. Mit den schärfsten Mitteln soll gegen die Geheimorganisationen vorgegangen werden. Der Staatsgerichtshof stellt sein nach der Reichsverfassung unstatthafte Ausnahmegericht dar, sondern ist lediglich ein Sondergericht, wie die Gewerbe-, Kaufmanns- und Wuchergerichte.

Der bayerische Gesandte a. Prager: Der Entwurf verfolgt den Zweck, Angriffe auf die Verfassung mit den schärfsten Maßnahmen zu verhindern. Die vorgesehene Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes wird auf eine bedenkliche Politisierung der Strafgerichtsbarkeit hinauslaufen. Der Entwurf untergräbt das ganze Vereins- und Versammlungsrecht und enthält große Einschränkungen der Pressefreiheit.

Die Weiterberatung dieses Punktes wird dann auf die morgige Sitzung verschoben.

Der Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik soll nach Vorschlag des Präsidenten dem Rechtsausschuss überwiesen werden.

Ein Antrag Schiele (D. N.), über den Entwurf ohne Überweisung an den Ausschuss abzuhandeln, wird abgelehnt.

Abg. Degler (D. N.) erklärt den Entwurf für seine Partei unannehmbar. Der Entwurf wird dann dem Rechtsausschuss überwiesen.

Morgen nachmittag 2. Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik und Amnestiegesetz. Schluß nach 8 Uhr.

Bermischtes.

Frankösisches Kriegsgerichtsurteil.

— Mainz, 10. Juli. Das französische Kriegsgericht verurteilte wegen versuchter Spionage und Gefährdung der Besatzungstruppen den aus Breslau stammenden Karlner zu 20 Jahren Gefängnis und den Altstadterlagten Pöhl zu 2 Jahren Gefängnis. Die Angelegenheit wird mit der Geheimorganisation C in Verbindung gebracht. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich.

Benannte französischer Schmuggler.

— Birmans, 10. Juli. Die Strafkammer Zweibrücken hat das Urteil des hiesigen Schöffengerichts bestätigt, das den in Haft befindlichen französischen Staatsangehörigen Gynard, Reisenden aus Le Havre, wegen Grenzschmuggels zu 4 Monaten Gefängnis und 24 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt hatte. Gynard hatte mit einem unvermittelten weiteren Franzosen am 13. April d. J. versucht, von Eppelbrunn aus mehrere hundert Kassettenapparate, Kameras, Messer, optische und chirurgische Instrumente usw. im Werte von einer Viertelmillion Mark über die Grenze zu schaffen. Sowohl der Angeklagte wie der Amtsanwalt hatten Berufung eingelegt und der Vertreter der Anklage hatte in der Berufungsinanz Erhöhung der Strafe auf 1 Jahr Gefängnis und 850 000 M. beantragt.

Feuerschiff auf einem holländischen Passagierdampfer.

— Paris, 10. Juli. Der „Chicago Tribune“ wird aus Hoboken gemeldet, daß eine Feuerschiff auf Bord eines holländischen Passagierdampfers ausbrach und daß die 658 Passagiere, die an Bord waren, das Schiff verlassen mußten. Bei 15 Besatzungsmitgliedern wurden Verletzungen festgestellt. Der Dampfer kann erst Dienstag abfahren.

Wettalen und Rheinland.

Wettalen, 10. Juli. Ein nachahmendes Spiel. Der Magistrat der Stadt Wettalen hatte sich beschließen, die Bezahlung für Ärzte und Apotheken für Kranke Kleinrentner zu zwei Dritteln des künftigen Wohlfahrtsamtes zu übernehmen. In der Stadtverordnetenversammlung empfahl Frau Stadtvorstand. Müller die Annahme der Vorlage und beantragte zugleich, nicht nur zwei Drittel, sondern die ganzen Kosten seitens der Stadt zu übernehmen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte diesem Antrag einstimmig zu. — Ebenso wurde in der Sitzung für Siedlungs- und Wohnungsbau 30 Millionen Mark bewilligt, die durch eine Anleihe gedeckt werden sollen.

Bildungsreisen, 9. Juli. Vom Rade gekürzt. Auf der Landstraße nach Senden trafen zwei Rennfahrer des Radsportvereins Lüdinghausen mit einem Radfahrer aus Senden zusammen. Während einer in den Gräben geschleudert wurde, glücklicherweise ohne Verletzungen davon zu tragen, stürzte der andere gegen einen Baum und blieb bewußtlos liegen. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er in das hiesige Krankenhaus gebracht.

Sterkrade, 9. Juli. Ueberfall auf einen Lehrer. Ein hiesiger Lehrer hatte einem Schüler eine Rüge erteilt. Aus Rache lauerte ein älterer Bruder des Getadelten dem Lehrer auf, um ihn mit einem Seitengewehr zu erstechen. Während der Lehrer in den Keller eilte, um zur Abwehr einen Spaten zu holen, schlug der Bursche mit dem Seitengewehr auf die Frau des Lehrers ein und zwar so heftig, daß der Griff abbrach.

Dortmund, 10. Juli. Sich selbst erschossen. In einer Wirtschaft des nördlichen Stadtteils gerieten die Gäste in Streit, der sich auf der Straße fortsetzte. Hierbei gab der Keilner Letztgenannten einen Schuß aus einem Revolver ab, der einen Beteiligten unglücklich verletzte. Im Glauben, einen Menschen getötet zu haben und von einer Anzahl Personen verfolgt, richtete Letztgenannter die Waffe gegen sich selbst und verletz sich durch einen Kopfschuß derartig, daß er an den Folgen im Krankenhaus verstarb.

Dortmund, 10. Juli. Schießungen nach Paris. Die Feststellungen, die in der Folge der Verhaftung des Grafen Wolff-Metternich gemacht sind, haben ergeben, daß der Verhaftete sich an umfangreichen Schießungen von Autos nach Paris und nach der Schweiz beteiligt hat. Ueberdies wird Verfolgung wegen Steuerhinterziehung in großem Umfange nötig werden.

Krefeld, 10. Juli. Millionenfürsorge. Die Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenfabriken mit ihren zahlreichen großen Stiftungen für Wissenschaft und Technik hat ihren Stiftungen eine weitere Hingabe für die hiesigen Färberei- und Appreturwerke zur Durchführung und Förderung ihrer Arbeiten zwei Millionen Mark überwiesen.

Harthäutige Kopfschuppen

werden durch Anwendung von Javol zuverlässig beseitigt, das lästige Kopfschuppen verschwindet schnell.

Javol

macht das Haar dünn, voll, locker, seidenvoll und erhält es gesund. Javol ist in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und bei Friseurinnen zu haben.



Aus Bocholt's Vergangenheit.

Bocholt und die Fehden des 14. und 15. Jahrhunderts.

(Schluß.)

Schlummer erging es Bocholt in der Soester Fehde, in dem Kampfe der alten, blühenden Handelsstadt gegen ihren Landesherren, den Erzbischof von Köln (1445-1449). Die westfälischen Städte traten in diesem schweren Kriege, wo es sich um die Wahrung ihrer Selbstständigkeit gegen den päpstlichen Händel, auf die Seite Soests, während der Bischof auf Seiten des Erzbischofs, seines Bruders, stand. Auch Bocholt trat 1447 dem Städtebunde bei und wurde infolgedessen vom König in die Fehde und im folgenden Jahre in die Überacht erklärt. Die Soester hatten aber an dem Herzoge von Cleve, den sie als ihren Landesherren anerkannten, ihren mächtigen Bundesgenossen. Weil sich Bocholt auf den Druck des Bischofs hin von Soest losgesagt hatte, erhielt es die Erlaubnis, sich von ihm und Überacht lösen zu lassen, aber jetzt hatte der Clever Herzog Grund und Anlaß, gegen Stadt und Amt Bocholt feindselig vorzugehen. 1448 wurde die Stadt von den Clevischen bombardiert und die feindlichen Reiter richteten in Apfel und Ähren Schaden an, so daß sich Stadt und Bürger in äußerster Not befanden. Die Regierung von Münster befragte und beschwerte.

Raum war die Soester Fehde glücklich beigelegt, da kürzlich der Tod des Bischofs Heinrich 1450 und die Wahl seines Nachfolgers das Land in eine unheilvolle Vermischung und gab Anlaß zu der blutigen Schlacht. Die Fehde, die sieben Jahre lang das Münsterland aufs ärgste verwüstete (1450-1457). Gegen den vom Domkapitel gewählten Bischof Balram von Müns, den Bruder des verstorbenen, erklärten sich die Stadt Münster und der größte Teil der Geistlichkeit und stellten sich auf die Seite des Grafen Johann von Spon, der seinem Bruder Geis-

die Müns verschaffen wollte. Sie brachten die meisten Städte des Stiftes in ihre Gewalt und legten beim Papste Einspruch gegen Balram ein. Dilemma blieben aber die Remter Ahaus und Bocholt treu und wurden seine Stützpunkte, ebenso standen Gert van Bernsfelde, der Droste des Amtes Bocholt und die benachbarten Adligen von Gemen, von Bronchorst (Unholt) und Culenburg (Werth) auf seiner Seite. Trotz päpstlichen Bannes und Interdiktes und Androhung der kaiserlichen Acht suchte die holländische Partei den Bischof ganz aus dem Stift zu verdrängen und mit Hilfe des verbündeten Herzogs von Cleve gelang ihnen die Einnahme von Ramsdorf und Breben. Friedensverhandlungen, an denen sich auch der päpstliche Gesandte Kardinal Nicolaus von Cues beteiligte, blieben ohne Erfolg. 1453 wurde dem Bischofe in Bocholt geschuldet und er verließ der Stadt das Privilegium, an allen Jahrmärkten die Kasse zu erheben, d. h. eine Abgabe von allen zu Verkauf gebrachten Pferden, Rindern und Schweinen. 1454 erließen die Spanier eine vernichtende Niederlage bei Varlar und der an dem siegreichen Kampfe beteiligte Droste von Bocholt wurde neben anderen Adligen auf dem Schlachtfelde zum Ritter geschlagen. Der Erfolg wurde aber von den Siegern nicht ausgenutzt und so dauerte der Kampf fort.

Gleich im Anfange des Krieges hatte der Clever Herzog verschiedene bischöfliche Städte und Befestigungen eingenommen, so auch ein schon vom Bischof Heinrich an der La angelegtes Bollwerk zwischen Werth und Iffelsburg in der Bist. Herzebocht. Zur Sicherung gegen weitere künftige Einfälle hatte der holländische Droste in der Nähe der Stadt und zwar an der bischöflichen Königsmühle ein neues Bollwerk gebaut, geriet aber dadurch mit der Stadt in Streit, da sie darin einen Eingriff in ihre Rechte sah und vielleicht auch für ihre eigene Sicherheit Bedenken. Es kam aber 1455 ein Vergleich zustande, den Bischof und Domkapitel bestätigten, worin sich Gert von Bernsfelde verpflichtete, inner-

halb zweier Jahre nach Beilegung der Fehde mit dem Herzog von Cleve das Bollwerk zu schleifen. Nach dem Tode des Bischofs 1458 setzte Johann von Spon die Wahl seines Bruders Erich durch, und fast sämtliche zu Münster vertretene Städte, darunter auch Bocholt und Borken, erkannten ihn an. Der Herzog von Cleve, mit dem die Fehde des Drosten 1455 beigelegt war, bemühte sich, die Städte Bocholt und Borken auf seinen Erbsitz zu erhalten. Dies mochte gerade deshalb Schwierigkeiten machen, weil im Frühjahr 1456 einzelne Parteigänger Spons vom Adel und aus den Städten trotz des Friedens in das Amt eingefallen und bis zur Stadt vorgezogen waren. Sie hatten am 30. Mai Bauern und Bürger überfallen und gefangen fortgeschleppt, gebrandschatzt und geplündert und die Häuser verbrannt. Da sich an diesem Raubzuge auch Leute des Herzogs von Cleve beteiligt hatten, beauftragte sich 1457 der holländische Magistrat bei dem Bischof und dem Herzog von Cleve, verlangte Freilassung der Gefangenen und Schadenersatz. Auch mit dem Ritter Bitter von Raesfeld lag damals die Stadt in Streit, der sich längere Jahre hinzog und selbst durch Inanspruchnahme des Bemergerichtes nicht zu Ende gebracht wurde.

Als endlich der Papst selbst eingriff und 1457 Johann von Bayern zum Bischof von Münster ernannte, gelang es diesem, durch einen Vertrag mit dem Spanier die unheilvolle Fehde beigelegen. Zu dem Frieden hatte namentlich der Minorit Joh. Brüggemann beigetragen, der durch seine gewaltigen Predigten die leidenschaftlich erregten Gemüter beruhigte und auch mehrere Tage in Bocholt tätig war. 1458, kam der neue Bischof nach Bocholt, wo ihm am 20. Januar geschuldet und als Schuldgeld ein Paar Ochsen, ein Fuder Wein und drei Malter Roggen zu Brot gebaden überreicht wurden.

Die gewaltigen Kosten dieser langwierigen Kriege hatten Bischof Balram genötigt, sich durch mancherlei Verpfändungen Gelder zu verschaffen. Schon 1458 hatte er der Stadt die landbesessenen Guts-

10. Juli. Großer Brand. Die umliegenden Lagerräume der Citorfer Schöller (Kammgarn-Spinnerei) in Citorf sind bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. Die Brandursache konnte noch nicht festgestellt werden. Die Lagerräume enthielten nicht nur Rohmaterialien, sondern auch große Mengen Fertigfabrikate.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 11. Juli.

In der letzten Aufrufstätte wurden gestern die hiesigen Ueberreste des Herrn Fabrikanten Albert Bedmann gebracht. Die Teilnahme der hiesigen Bürger an dem Begräbnis war sehr stark. U. a. bemerkte man im Trauerzuge fast sämtliche Stadtverordneten, Herrn Landrat Graf v. Spee und andere Vertreter der geistlichen und weltlichen Behörden. Herr Oberbürgermeister Dr. Schmitz erwies als Vertreter der Stadt dem verstorbenen Ehrenbürger Bocholts die letzte Ehre. Der St. Georgius-Schützenverein, der kath. Gesellenverein und der kath. Arbeiterverein, denen der Entschlafene einst sehr nahe stand, waren durch Fahndeputationen vertreten. Die Angehörten und Arbeiter der Firma J. Bedmann Nachfolger nahmen fast vollständig an dem Begräbnis teil. Die überaus starke Teilnahme der Bocholter Bocholts und die große Zahl der am Grabe niedergelegten Kränze bringen die Verehrung zum Ausdruck, die der Verstorbene in der Stadt genoß. Er ruhe im Frieden!

† Religiöse Woche der Jungfrauen-Kongregationen. Mit der Veranstaltung der religiösen Woche vom 2. bis 9. Juli hatten die drei Jungfrauen-Kongregationen einen glücklichen Griff getan. Ueber 2000 Jungfrauen der Stadt Bocholt lauschten die ganze Woche hindurch den Vorträgen, die der Diözesanpräses Herr Domprediger Surmann-Münster in unserer altverehrten St. Georgskirche zweimal täglich hielt. Die Vorträge waren mitten aus dem Leben gegriffen und behandelten in einzigartiger Darstellung fern von Ueberhöhung und Süßlichkeit höchst zeitgemäße Fragen: Liebe zur Jungfräulichkeit, Hochachtung vor der Familie, Ehe, religiöse Idealismus und Verbindung von Religion und Leben. Die Marienweihe am Donnerstag und die Herz-Jesuweihe am Freitag entsprechen so recht dem Gemütsleben der Zuhörerinnen. Die Kirche prangte dabei in herrlichem Blumen Schmuck und ein aus 200 Sängerinnen gebildeter Chor verschönernte die Feier durch Vorträge mehrstimmiger Lieder. Die Veranstaltung fand ihren Höhepunkt in der Generalkommunion, bei der kaum ein Mitglied fehlte, sowie am Samstag nachmittag in der pädagogischen Schlußfeier, die allen Teilnehmerinnen unvergesslich bleiben dürfte. Am Montag morgen hatten sich die Mitglieder wiederum zahlreich zum Seelenamt für die Verstorbenen sowie bei der hl. Kommunion eingefunden. Mögen die schönen Tage der religiösen Woche der ganzen weiblichen Jugend der Stadt Bocholt dauernd zum Nutzen gereichen.

a. Hauskollekte für den Neubau einer Kirche in Reddinghausen-Süd, St. Anton, die vom Oberprä-

Für die
empfehlen
monatlich
kollekt
kann mit
des la
schließen
Bocholte

denen genehmigt
empfohlen ist, wird
igen Kollektanten ab
o. Zur Charakteri
des Volks: Den
melgaorn. Für, dat
amen Bienenst
hoch se, jaowall, mo
rigen behouen will".
Grundcharakter des
ererbte Weiberhandw
nisse, mit denen er
schlägt se so hoch, dat
kein auch noch so sch
Das Handwerk betru
Wesens. Nicht kindi
starr an seiner Meinu
dunkle aber sichere Ge
Nichtsein der Handwe
alle von ihm abfalle
mögen selbst seine K
sein hoffnungswooller
seine Meinung bleib
Kämpfer für das Liebe
der neuen Zeit ein
brillant Linnebeint
der Jugend verbind
bauer des reifen Man
gerichtet, wenngleich
Frau Johanna das Ge
Nahrung seines Nam
Zeit zunächst bringe
keine oberflächliche, le
für und Wider reissi
die zwingende Notwe
ihn kein Weichen meh
hören kann: Der alte
als sein Herr, erken
hältnisse hier stärker
Einigung nicht mögli
net," antwortete er,
geizend), um id rät i
send), und dat lümp n
Eigentlich keiner oder
hoch. — 8. Aufführun
den 12. Juli, a. Sch
Schützenhauses. Karte
handlung von Joh
mit starkem Besuch ge
zeitig einen Platz.

h. Mieterschutzver
tag fand im „Linde
gliederversammlung
stehenden Herrn Mi
wurde. Auf der Tag
1. Nichtlinien zum
höhung der Beiträ
1. Punkt stattete der
Bericht über den
welcher am 2. Juli
de. Hieraus ist zu
ein Schlichtungsaus
Mieter gebildet w
Mieter bezw. Inst
soll. Die Erhöhung
folgt festgestellt: Das
dem 1. Juli 5 M. u
teilsjahr ist auf 6 M
schiedenes wurde ein
bern eingebracht, w
verordnenentschließu
schon bestehende Ra
Hälfte aus Mieter
soll. Aus der Ber
folgende Herren gew
boz. Nach Erlebid
gelegentlich wurde
1 Uhr vom 2. Vorst

m. Die Holzschuhm
Donnerstag, den 13.
Gesellenhaufe eine w
die Mitglieder des
ten eingeladen werden

w. Verhandlungen
Bergbau. In der zw
den Arbeiterorganisat
bestehenden Streik
die im Bergbau Bes
lungen eingeleitet u
dieser Woche, spätes
rung des Arbeitsber
Da die Reichsger
Verhandlungen einz
erwarten, daß in die
stellige Einigung zu
bestätigt also die An
eins drückt. Bergarb
in dieser Frage auf
Handlungen erledigt
der Lebensnötigkeit
auch im Interesse der
Verhandlungen einen
p. Polizeibericht.
am Sonntag abend g

der Brand. Die um
er Eitorfer Schiller
in Eitorf sind bis
niedergebrannt. Der
Millionen Markt. Die
nicht festgestellt wer
elten nicht nur Koh
rohe Mengen Fertig

imat.

ost, den 11. Juli.

wurden gestern die
Herrn Fabrikanten
acht. Die Teilnahme
Begräbnis war sehr
im Trauerzuge fast
Herrn Landrat Graf
der der geistlichen
Oberbürgermeister
reiter der Stadt dem
Bochholts die letzte
Schützenverein, der
er kath. Arbeiterver
inst sehr nahe stand
lonen vertreten. Die
der Firma J. Beck
ist vollständig an dem
starke Teilnahme
die große Zahl der
kränze bringen die
der der Bestorben in
im Frieden!

au einer Kirche in
die vom Oberprä

Für die Reisezeit

empfehlen wir unsern Lesern ein ein
monatliches Postabonnement. Dieses
kostet keinerlei besonderes Porto. Es
kann mit jedem Tage für die Dauer
des laufenden Monats ab
geschlossen werden.

Bochholter Volksblatt.

denen genehmigt und vom hohen. Herrn Bischof
empfohlen ist, wird in den nächsten Tagen vom hie
rigen Kollektanten abgegeben.

a. Zur Charakteristik der beiden Hauptpersonen
des Volksstücks: Den Wädelkamp. 1. Jans Dröm
melgaorn. „Här, dat is eene van de Menſchen, die
umſen Wädelkamp ut ne Gefensfume mat heſ; faſte
haaſt ſe, jaowall, maor Gott help, well ſo ne Rü
ſtigen behouen will.“ Mit dieſen Worten iſt der
Grundcharakter des alten Jans bezeichnet. Das
ererbte Weberhandwerk, die Sitten und Verhält
niſſe, mit denen er aufgewachſen iſt, er liebt ſie,
ſchätzt ſie ſo hoch, daß er alles Neue, mag der Augen
ſchein auch noch ſo ſehr dafür ſprechen, von ſich weiſt.
Das Handwerk betrachtet er als ein Stük ſeines
Wefens. Nicht kindiſcher Eigensinn iſt es, der ihn
harr an ſeiner Meinung feſthalten läßt, ſondern das
dunkle aber ſichere Gefühl, daß es jezt um ſein oder
Niemandes der Handweberei geht. Mögen zuſetzt auch
alle von ihm abfallen, die andern Handwerker;
mögen ſelbſt ſeine Liebe ſorgende Frau Leide und
ſein hoffnungsvoller Sohn andere Wege gehen,
ſeine Meinung bleibt feſt. 2. Dieſem unentwegten
Kämpfer für das ſiebe gute Alte ſteht als Vertreter
der neuen Zeit ein nicht minder Starcker, der Ja
brillant Pinnendrint entgegen. Mit dem Wagemut
der Jugend verbindet er die Feſtigkeit und Aus
dauer des reifen Mannes. Sein Auge iſt vorwärts
gerichtet, wenn gleich auch er mit ſeiner herzenguten
Frau Johanna das Bittere bedauert, daß die Durch
führung ſeines Planes den Anhängern der alten
Zeit zuſchanden bringen wird. Pinnendrint iſt wahrlich
keine oberflächliche, leichtfertige Natur. Er hat das
Für und Wider reiflich überlegt. Jezt aber, da er
die zwingende Notwendigkeit erkennt, gibt es für
ihn kein Weichen mehr. Und doch, wenn man ſeiner
hören kann: Der alte Jans ſteht im Grunde weiter
als ſein Herr, erkennt aber zugleich, daß die Ver
hältniſſe hier ſchärfer ſind als die Menſchen und eine
Einigung nicht möglich iſt: „Sär, dat verſtaak ij
net,“ antwortete er, „ij rakt daormät (auf die Stirn
zeigend), un id rakt daormät (auf ſeine Bruſt wei
ſend), und dat klump net biederand.“ Und wer ſiegt?
Eigentlich keiner oder beide, wenn man es recht ver
ſieht. — 3. Aufführung des Volksstücks am Mit
woch, den 12. Juli, abends 7.30 Uhr im Saale des
Schützenhauſes. Karten im Vorverkauf in der Buch
handlung von Joh. Ball, Nobelſtraße. Es wird
mit ſtarkem Beſuch gerechnet. Man ſichere ſich früh
zeitig einen Platz.

b. Mieterschutzverſammlung. Am lezten Son
ntag kam im „Lindenhof“ eine gut beſuchte Mit
gliederverſammlung ſtatt, die von dem 2. Vor
ſitzenden Herrn Melus eröffnet und geleitet
wurde. Auf der Tagesordnung ſtanden 3 Punkte:
1. Richtlinien zum Mieterschutzgeſetz; 2. Er
höhung der Beiträge; 3. Verſchiedenes. Zum
1. Punkt ſtattete der 1. Vorſitzende Herr Schür
Bericht über den weſtfälischen Delegierten
tag, welcher am 2. Juli in Münster abgehalten wur
de. Hieraus iſt zu entnehmen, daß laut Geſetz
ein Schlichtungsausschuß von Vermietern und
Mieter gebildet werden muß, der eventl. über
Mieter bezug. Inſtandſetzungsarbeiten beraten
ſoll. Die Erhöhung der Beiträge wurde wie
ſolgt feſtgeſetzt: Das Eintrittsgeld beträgt nach
dem 1. Juli 5 M und der Beitrag für ein Vier
teljahr iſt auf 6 M erhöht. Unter Punkt Ver
ſchiedenes wurde ein Antrag von den Mitglie
dern eingebracht, welcher dahingeht, das Stadt
verordnetenkollegium möge beſchließen, daß die
ſchon beſtehende Rationierungskommiſſion je zur
Hälfte aus Mietern und Vermietern beſtehen
ſoll. Aus der Verſammlung heraus wurden
folgende Herren gewählt: Schröder, Weiß, Lam
boog. Nach Erlebigung verſchiedener Vereinsan
gelegenheiten wurde die Verſammlung gegen
1 Uhr vom 2. Vorſitzenden geſchloſſen.

m. Die Holzſchuhmacher-Zwangsinnung hält am
Donnerstag, den 18. Juli, nachmittags 2 Uhr im
Geſellenhauſe eine wichtige Verſammlung ab, zu der
die Mitglieder des weſt. Teiles des Kreiſes Vor
ten eingeladen werden.

w. Verhandlungen über den Rationiertarif im
Bergbau. In der zwiſchen dem Zeſenverbande und
den Arbeiterorganizationen des Ruhrkohlenbergbaues
beſtehenden Streitfragen über den Rationiertarif für
die im Bergbau Beſchäftigten ſind neue Verhand
lungen eingeleitet worden. Dieſelben werden in
dieſer Woche, ſpäteſtens am Mittwoch unter Füh
rung des Reichsarbeitsministers in Eſſen beginnen.
Da die Arbeitgeber ihre Bereitwilligkeit in neue
Verhandlungen einzutreten, erklärt haben, ſiezt zu
erwarten, daß in dieſer Frage auch eine zufrieden
ſtellende Einigung zuſtande kommt. Dieſe Nachrich
t iſt ſehr wichtig für die Arbeiter, welche glauben, daß auch
in dieſer Frage auf friedlichem Wege durch Ver
handlungen erlöst werden könnte. Im Intereſſe
der Lebensmöglichkeiten unſeres ganzen Volkes, aber
auch im Intereſſe der Bergarbeiter, muß man den
Verhandlungen einen guten Verlauf wünſchen.

p. Polizeibericht. Zu einer Schlägerei kam es
am Sonntag abend gegen 11 Uhr gelegentlich eines

Trugtrauens in der „Kronenburg“ zwiſchen einem
bekannten Hauſhalte und einigen Teilnehmern der
Feſtlichkeit. Auf beiden Seiten ſiege es einige Ver
letzungen ab. — In der Nacht vom Sonntag auf
Sonntag wurde eine wertvolle Spiegelſcheibe an
dem Gebäude der Firma Jander (Gloria) von zer
ſtörungsfähigen Burſchen, die von einer Feſtlichkeit
heimkehrten, zertrümmert. Der Wert der Scheibe,
der circa 8-10 000 M beträgt, muß von den Tätern
die inzwiſchen ermittelt worden ſind, erjezt werden.
— In derſelben Nacht gegen 1 Uhr wurde ein hie
ſiger Bewohner auf der Bismarckſtraße von 4 Bur
ſchen ohne jegliche Veranlaſſung angefallen und
ſchwer mißhandelt.

a. Steuerabzug. Auf die im Anzeigenſtück dieſer
Zeitung befindliche Bekanntmachung des Finanz
amts betr. Erhöhung der für freie Station uſw. an
Steuerabzug für Einkommenſteuer anzuwendenden
Werte wird hingewieſen. Die Sätze ſind gegen die
bisherigen Werte um 50 Proz. erhöht. Es empfiehlt
ſich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Bekannt
machung aus der Zeitung auszuſchneiden und auf
zubewahren.

a. Die Rentenverſorgung der Kriegsbeſchädigten
und Kriegshinterbliebenen. Nachdem das Reichs
verſorgungsgeſetz vom 1. April 1920 in Kraft ge
treten iſt, erſcheint es raſam, der Deſſenlichkeit
über die Rentenſache nach dem R.-V.-G. Aufſchluß
zu geben. Ein ſoprägenig erwerbsbeſchränkter Be
ſchädigter (Verluſt eines Beines und Auges) bezog
nach dem alten Mannſchaftsverſorgungsgeſetz von
1908 eine monatliche Rente von 207,48 M. Nach
dem neuen Reichsverſorgungsgeſetz bezieht oben
genannter Schwerbeſchädigter eine monatliche Rente
von 332,76 M. Ein vollſtändig erwerbsunfähig Be
ſchädigter, ungelerner Arbeiter mit 2 Kindern mo
natlich 1172,45 M. Eine erwerbsunfähige Krieger
witwe mit 2 Kindern einſchl. der nachträglich bewil
ligten Teuerungszuſchläge 981,95 M. Aus Vor
ſtehendem ergibt ſich, daß die Rentenbezüge der
Kriegsopfer bei weitem nicht als Exiſtenzminimum
zu betrachten ſind und zum großen Teil in ſehr är
mlichen und bedürftigen Verhältniſſen leben. Dieſe
ſteigert ſich noch infolge der ſteigenden Geldentwertung.
Es iſt Pflicht der zutünftigen Fürſorgeſtellen hier
durch die ſoziale Fürſorge helfend einzugreifen. Ein
ſehr großer Prozentsatz der Kriegsopfer kann wohl
ein Leben lang ſingen wie ſchwer es fällt, falls die
Not ſie drängt, ſich zu einem Bittgange zu rüſten.
Infolge der ſteigenden Not werden ſie mißmutig und
verzagt. Aus der Notwendigkeit, die durch die wach
ſende Teuerung und ſteigende Geldentwertung gebo
tenen Maßnahmen für Kriegsbeſchädigte und Kriegs
hinterbliebenen ſtärker nach fürſorgeriſchen Grundſätzen
durchzuführen und an Stelle geſchäftlicher Renten
erhöhungen beim Vorliegen eines Bedürfnisses ab
hängige Teuerungszuſchläge zu gewähren, erwächſt
der ſozialen Fürſorge eine um ſo größere Verant
wortung, als ſie damit die Sorge für eine große
Zahl, namentlich Kriegsſtrafgeſangenen übernimmt,
die ſich bisher nicht an ſie gewandt haben, ja, ihr
meiſt ablehnend gegenüberzuſtehen. Bei allen Be
ratungen über die Durchführung von Teuerungs
maßnahmen iſt dem 19er Ausſchuß des Reichstages
nicht nur von den Veränderungen der Kriegsbeſchädigten
und Kriegsſtrafgeſangenen, ſondern namentlich von
den Reichstagsabgeordneten aller Richtungen immer
wieder die Bedenken entgegengehalten worden, daß
die ſoziale Fürſorge dieſes nicht ſo arbeiten, daß
die Fürſorgebeſtandteile mit vollem Vertrauen an
ſie wenden können und ihre Arbeit vielmehr von
armenpfliegeriſchen Grundſätzen geleitet werden und
nicht immer das nötige Verſtändnis der vielen biſ
her an ſelbſtändigen gewöhnten Kriegsbeſchädigten
und Kriegsſtrafgeſangenen zu finden ſel. Namentlich
in den Kreiſen des Mittelſtandes, ſowie in allen
Bevölkerungsklaſſen ſcheint die Abneigung
gegen die ſoziale Fürſorge groß zu ſein. Wenn man
auch nicht verkennen, daß in dieſen Kreiſen eine be
ſondere Empfindlichkeit vorhanden iſt, ſo hat die
ſoziale Fürſorge die Pflicht, das aus Erſatz der
ſelbſtändigen beruhtende Gefühl zu ſchonen und ihre
Arbeit ſo zu geſtalten, daß das Gefühl einer
Demütigung niemals aufkommt. Bei der Beurtei
lung der Bedürftigkeit muß jedes Perſönliche aus
geſchaltet werden. Es ſei noch an dieſer Stelle den
amtlichen Stellen ans Herz gelegt, etwas Verſtänd
nis für die Not der Kriegsopfer zu haben, einge
deutet beſſen, daß dieſe Stellen nur zum Wohle der
Kriegsopfer eingerichtet ſind. An alle Kriegsbe
ſchädigte und Kriegsſtrafgeſangenen ſollen wir den
Appell, helfet daher mutig mit, die Geſetze zu beſſern,
Renten zu erhöhen, mehr Geduld für die Unter
ſuchungen bereit zu ſtellen, um ihre eigene Lage,
ſowohl die ihrer Leidensgenossen zu verbeſſern und
organisiert zu ſein.

a. Die kleine Grenzſtadt für deutſche Arbeiter.
Um dem Reich die Steuereinnahmen zu ſichern, wird
auf beſchränkte Anordnung allen Perſonen, die in
Holland ihrer Beſchäftigung nachgehen, künftig nur
dann eine Durchlaßkarte ausgestellt oder verlängert,
wenn ſie nachweiſen, daß ſie 10 Prozent ihres Viertel
jahresverdienſtes bei der für ihren Wohnſitz zu
ſtand. Gemeinde- od. Stadtkafſe hinterlegt haben.
Von den Antragſtellern iſt der holländiſche geſchäft
ſteig eine Beſcheinigung des Arbeitgebers über
die Höhe des Vierteljahres-Arbeitsverdienſtes vor
zulegen.

m. Kreſting, 10. Juli. Der Bürger-Schützen
Verein feiert am nächſten Sonntag und Montag
ſein 178. Stiftungsfest, an dem auch auswärtige
Gäſte teilnehmen können.

b. Vorken, 10. Juli. Beſchlagnahm. Von der
Zollbehörde wurden hier 17 Riſten mit optiſchen
Inſtrumenten beſchlagnahm, die nach Holland
verſchoben werden ſollten. In die Sache iſt ein
Landwirt aus Vorkenwirtſche verwickelt. Es han
delt ſich um Gegenstände von ſehr hohem Werte.

c. Vorken, 10. Juli. Zur Streitfrage. Eine
vom Gewerksverein hieſiger Bergarbeiter ein
berufene Konferenz, wo 35 Zuhörer mit weit
über 100 Delegierten vertreten waren, nahm

nach mehrstündiger Beratung folgende Resolution
einstimmig an: Die Konferenz der Vorstands
mitglieder und Vertrauensmänner des Berg
bauers erklärt einstimmig, daß sie mit der Stel
lungnahme des Zentralvorstandes und der Ge
werksvereinsleitung voll und ganz einverstanden
ist. Wir haben das Vertrauen zu unseren Füh
rern, daß sie das Beste und Menschenmöglichste
für die Bergarbeiterschaft getan und sich auch in
der Zukunft für dieselben voll und ganz einsetzen
werden. Obwohl nicht alle berechtigten Forde
rungen zum Manteltarif, besonders die Deputat
lohnfrage und die Frage der Unorganisierten
berücksichtigt sind, ist es unseres Erachtens doch
sehr leichtsinnig, unter den heutigen Verhältnissen
auf einen Streik hinzuwirken, welcher sicher für
das ganze Volk schwere Schäden verursachen und
auch dem einzelnen keine wesentlichen Vorteile
bringen kann. Eine Zerstörung der Ar
beitsgemeinschaft wird die Folge sein, die uns
doch sicher schon große Vorteile geschaffen hat.
Wir werden bei einer Zerstörung derselben
die große Auseinandersetzung jezt und zwar
deschäft, um uns in dieselbe Lage zu zwingen,
in der sich jezt die englischen Arbeiter befinden.
Wir können dieses nicht wollen und darum sind
wir gegen das Vorgehen des deutschen Bergarbei
terverbandes. Die Konferenz möge aber den
Zentralvorstand und die Gewerksvereinsleitung
darauf hinweisen, daß sie mit allen Mitteln dar
auf zu drängen hat, daß die Kohlensteuer abge
baut und dadurch die Möglichkeit geschaffen, den
Bergarbeitern einen ihnen zustehenden Lohn zah
len zu können. Wir verpflichten uns, Aufklärung
in die Massen zu tragen, um sie vor unüberlegten
Schritten zu warnen. Weiter verpflichten wir
uns, jezt mit aller Kraft für den Gewerksverein
zu agitieren, um dessen Stöckkraft zu stärken und
zu befestigen.

Neuere Nachrichten.

Zum Schutze der Republik.
TU. Berlin, 10. Juli. (Draht.) Der Reichs
wehrminister hat auf Grund des § 36 des Wehr
machtgeſetzes verboten, daß Heeres- und Marine
angehörige an irgendwelchen innerpolitischen
Abſtimmungen und Volksbegehren teilnehmen.
Die Teilnahme von Militärperſonen an Abſtim
mungen iſt nur in den Fällen erlaubt, in denen
dieſe in Verbindung mit dem Verfall der Vertrag
erfolgt.

Keine Demonstration am Dienstag.
TU. Berlin, 10. Juli. (Draht.) Wie die
Gewerkschaftskommiſſion mitteilt, ſind alle Ge
richte über Demonstrationen, die im Laufe des
Dienſtag ſtattfinden ſollen, nicht zutreffend.

Ein Aufruf der demokratiſchen Partei.
TU. Berlin, 10. Juli. (Draht.) Die De
mokratiſche Partei wendet ſich in einem Aufruf
gegen den angeſchuldigten Generalſtreik.

Eine Gattenmörderin zum Tode verurteilt.

TU. Greſſenwald, 10. Juli. (Draht.) Das
Schwurgericht verurteilte die 48jährige hieſige
Gaſtwirtsfrau Henriette Wienhold geb. Buchholz
wegen Gattenmordes zum Tode ſowie wegen An
ſtiftung zu zwei Jahren Gefängnis, während der
Mitangeklagte 24jährige Sohn Otto zu 12 Jah
ren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht
verurteilt wurde, wurde der zweite Mitange
klagte 24jährige Arbeiter Hermann Mengdehl
ebenfalls zum Tode verurteilt. Auf Anſtiftung
der Frau Wienhold hatten alle drei in der Nacht
vom 4. Auguſt 1921 den Gaſtwirt Wienhold, den
Beſitzer des „Süddeutſchen Hofes“ mit einem Beil
im Schlaf erſchlagen und ſeine Leiche im Garten
verſcharrt.

Frankreichs Vertretung im Haag.

TU. Paris, 10. Juli. (Draht.) Poincare
ſoll nach einer Meldung des Echo de Paris der
franzöſiſchen Delegation im Haag den Auſtrag
gegeben haben, an den weiteren Sitzungen nicht
mehr teilzunehmen, wenn die Sowjetdelegierten
ihre Haltung nicht vollſtändig ändern. Die
lezte Erklärung Kriſtins widerſpricht den frü
heren Verſicherungen und ſei mit den grundsätz
lichen Anſchauungen der franzöſiſchen Regierung
unvereinbar. Man glaubt in Paris, daß der
heutige Tag für die Konferenz im Haag entſchei
dend ſein werde.

Vergeſſene Sowjetbeſtimmungen um Sonder
Verträge.

TU. Paris, 10. Juli. (Draht.) Einer Haager Mel
dung von Havas zufolge, hatten Sowjetvertreter
bei dem erſtlichen Vertreter Creamie beantragt,
Separatverträge mit England und Frankreich
abzuſchließen, ein Antrag, der aber abgelehnt
wurde.

Handel und Verkehr.

	Deuſen,		8. Juli	
	10. Juli			
Holland	20474,30	20625,00	20574,25	20625,75
Belgien	8025,05	8054,95	8025,05	8054,95
Dänemark	11460,60	11489,30	11533,00	11566,90
England	2847,05	2852,95	2827,05	2832,95
Amerika	527,38	529,17	522,84	523,68
Frankreich	4114,55	4125,15	4141,85	4125,15
Schweiz	10087,30	10112,60	9912,55	9937,4

Offizielle Notierung der Bremer
Baumwoll-Börſe.
Brauen, 7. Juli, 1 Uhr mittags.
Amerikan. fully middling good colour and staple
loco 292,40 (295,00) per Kilo.

Deutſcher Katholikentag.

(27.-30. Auguſt 1922.)

München, Herzogſtraße 12, Poſtſch. 36 803.

Die Aufgabe des dieſjähigen Katholikentages iſt nicht eine gewöhnliche, ſondern geradezu
ſakral. Die biſherigen Tagungen nach dem
Friedensſchluß waren nur Vortruppen. Jezt
gilt es, Pionierarbeit zu leiſten. Neue große
Ziele ſind aufzuzeigen. Es iſt der Beweis
zu erbringen, daß die Katholiken Deutschlands
und die Katholiken überhaupt ſich auch in einer
neuen Welt zurecht finden, daß ſie für die neuen
großen Aufgaben neue große Kräfte ſtellen kön
nen. Da für den erwarteten Maſſenbezug eine
Feſthalle nicht zur Verfügung ſteht, und eine
Teilung in mehrere Säle die Wirkung beeinträch
tigen würde, ſo wird einer der großen Reſidenz
höfe überdacht. Eine Koſoſal-Herz-Jesu-Statue
von Profeſſor Weadeker wird die Feſthalle zie
ren. Die Ausſtellung für chriſtliche Kunſt und
die Miſſionsausſtellung ſind glänzend. Bedeut
ame muſikaliſche Darſtellungen werden das geiſt
liche Konzert im Dom, die Hochämter bei St. Pe
ter, St. Bonifaz und St. Joſeph, ebenſo das Re
quiem im Dom und die liturgiſchen Abendan
dachten bringen. Auch für die Feſtoorſtellungen
im Nationaltheater ſind noch einige reſervierte
Plätze zu haben. Baldige Anmeldung erwünſcht.

Heimatkunde!

Von der Feſtſchrift zum 700jährligen
Stadtjubiläum ſind noch einige Exemplare
verfügbar. Preis 30.— Mark.

Ein Buch von dauerndem Wert!

Bekanntmachung.

Die Jagdunng der Gemeinden Niede
und Crommel ſoll am Mittwoch, den
19. Juli 1922, nachmittags 4 Uhr im Hotel
Cajſee zu Niede öffentlich, meiſtbietend verpachtet
werden. Die Jagdunng der Gemeinde Niede
heide (2 Bezirke) hat folgende Größe: Bezirk I
300 ha, Bezirk II 450 ha. Die Jagdunng
der Gemeinde Crommel (4 Bezirke) hat folgende
Größe: Bezirk I 433 ha, Bezirk II 350 ha,
Bezirk III 357 ha, Bezirk IV 400 ha.

Die Pachbedingungen werden im Termin
bekannt gegeben, können aber auch vorher auf
dem Amtsblat in Niede eingesehen werden.
Sämtliche Bezirke enthalten auch Haſen und
Feldhühnern auch Rehwild, Fajanen und Birk
wild. Die Jagdreviere ſind vom Bahnhof Niede
aus bequem zu erreichen.

Niede (Kreis Vorken), den 7. Juli 1922.

Die Jagdvorſteher:
gez. Wenning.
gez. Nienhaus.

Kontrollkaſſe

nur National faure gegen
Verzahlung bei Abholung.
B. Wöſtel, Köln a. Rh.
Domſtraße 511. (m)

Einige tauſend

Lannen buschen

lauſt [4217m]
Franz Beckmann & Co.

Einige Bentner gutes

Heu

zu verkaufen. [2447m]
Näheres Geſchäftsſtelle.

Schäferhund

zu verkaufen. [4220]
Näheres Geſchäftsſtelle.

Schäferhund

(2 Jahr alt) preiswert zu
verkaufen. [42451]
Näheres Geſchäftsſtelle.

Legehühner,

weiß, 1921er Brut, mit
Jahreszeiten verſehen, zu
verkaufen. [424]
Gebrauchst. Tel. 484.
Gut Eſing.

Es eilt!

Schwarze Johannisbeeren
(Vollreife)
empfehlen Dipl. Landwirt
u. Gartenbauſachverſt.
W. Wöſtel, Köln a. Rh.

Ein gebrauchter, guter,
weißemalierter

Küchenherd

preiswert zu verkaufen.
Beſichtigung abds. 6-8 Uhr
Bingerſtraße 138.

Ein neues

Dezimalwage, 2 neue Tafelwagen

necht Gomitzen u. ein
neuer oder ſelt neuer

Küchenherd

(weiß) unſtandshalb, preis
wert zu verkaufen. [2449m]
Beſichtigung, 6-8 Uhr abds.
Beſteub 24.

In Wiefen- und Auechen

woggonweiße
zu Tagespreiſen dieſer
Jahreszeit. Tel. 287.
Näheres Geſchäftsſtelle.

Mal- u. Zanghauf- Bindgarne, Frank- u. Nibel-ſtädte

alles in nur 12. Quantität
offertiert billigſt
Gehrig Jahnbrad.
Wöſtel,
Gellerſtra. 18 Fernſpr. 177

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und Artikel 4, §§ 1 bis 5 des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 wird unter Zustimmung des Gemeindevorstandes in Ergänzung der Baupolizeiverordnung für die Stadt Bocholt vom 10. September 1905 verordnet:

§ 2 Nr. 1 der Baupolizeiverordnung für die Stadt Bocholt vom 10. September 1905 wird wie folgt geändert bzw. erweitert:

I.

§ 2.

Grundstücke mit beschränkter Bebauung.

1. Auf Grundstücken, die an den nachbenannten Straßen liegen oder nach diesen einen Ausgang haben, dürfen gewerbliche Anlagen, die mit mechanischer Kraft betrieben werden und die Nachbarschaft durch Rauch, Dampf, Dämpfe oder fäulniserzeugende Gerüche zu belästigen geeignet sind, nicht errichtet, noch vorhandene derartige Anlagen erweitert werden:

- a) an allen Straßen, für die im Stadtbebauungsplan vorgesehene Anlagen sind oder noch werden,
- b) an der Bismarckstraße, von der Münsterstraße bis zur Klärstraße,
- c) an der Kaiser-Wilhelmstraße, von der Klärstraße bis zur Bahnhofstraße,
- d) in dem nördlichen Stadteil, welcher von folgenden Straßengrenzen bzw. Gemarkungsgrenzen eingeschlossen wird:

Zerichoerstraße von der Gemarkungsgrenze Rowlan an, Dingperloer-Chaussee von Zerichoerstraße bis Westend, Westend von Dingperloer-Chaussee bis zum alten Stadtgraben, von dem alten Stadtgraben am Ostwall, Straße 120, Viktoriastraße von Straße 120 bis Brückstraße, Brückstraße bis Straße 110, Straße 114, Straße 110, Straße 115 von Straße 110 bis Straße 114 sowie von der Einmündung der Straße 114 in Straße 118 den Feldweg entlang bis zum Bahnhofertor, gelegen an der Bahnstraße nach Winterswijk, die Bahnstraße entlang bis zur Gemarkungsgrenze Stenern, Holtweg und Rowlan bis zur Zerichoerstraße und die nachstehend projektierten und schon bestehenden Straßen enthält:

Auguststraße, Barloerweg, Baust., Burloerweg, Mühlengraben, Diepenbrockstr., Diepenbrockplatz, Dietrichstr., Dingperloer-Chaussee, Egingstr., Eintrachtstr., Freiheitstraße, Friedenstraße, Hallenstraße, Gellerstraße, Grabenstraße, Hagelstraße, Heidestraße, Hembenerweg, Herderstraße, Herzogstraße, Hirtensstraße, Holtwilerstraße, Horkstraße, Süttenstraße, Humboldtplatz, Zerichoerstraße, Kaiser-Franz-Josef-Platz, Klärstraße, Kurfürstenstraße von Dingperloer-Chaussee bis Nordstraße, Linden-

platz, Lowickstraße, Marienstraße, Marktstraße, Nordallee, Nordstraße von Ostwall bis Nordallee, Nordwall, Ostwall von der Nordstraße bis Straße 120, Raulstraße, Prinz Heinrichstraße, Ritterstraße, Sternstr., Urbanstr., Viktoriastr. von Eintrachtstr. bis zur Prinz Heinrichstr., Vereinsstr., Walramstraße, sowie die Straßen No. 42, 43, 49, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 57, 58, 62, 63, 66, 68, 70, 71, 72, 73, 75, 76, 77, 78, 80, 81, 82, 87, 88, 89, 90, 91, 96, 97, 99, 101, 102, 106, 107, 108, 110, 113, 114, 115, 116, 119, 120.

II.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bocholt, den 6. Juni 1922.

Die Polizeiverwaltung.
Der Erste Bürgermeister.
J. B. Brodhoff.

2. Nachtrags-Ortsstatut

betreffend Bebauung in der Stadtgemeinde Bocholt.

Auf Grund des § 15 des Gesetzes vom 2. Juli 1875, betreffend die Anlage und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften (G.S. 651) sowie § 11 der westfälischen Städteordnung vom 19. März 1866 wird unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung für die Stadtgemeinde Bocholt in Abänderung des Ortsstatutes vom 18. August 1896 folgendes Nachtrags-Ortsstatut erlassen:

§ 1.

Der Zusatz zum § 5 des Ortsstatutes vom 18. August 1896 wird wie folgt abgeändert:

Zu den Kosten der Entwässerungsanlage dürfen die Anlieger mit keinem höheren Beitrag als 800 M für den laufenden Meter der Grundstücksgrenze herangezogen werden.

§ 2.

Dieses Nachtragsstatut tritt sofort nach seiner Bekanntmachung durch das Bocholter Volksblatt in Kraft.

Bocholt, den 4. Mai 1922.

Der Erste Bürgermeister.

J. B. Brodhoff.

Beigeordneter.

Genehmigt auf Grund der §§ 12 und 15 des Gesetzes, betreffend die Anlage, Bebauung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften vom 2. Juli 1875.

Münster, den 21. Juni 1922.

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende

J. B. Dr. Schmidt.

Vorliegendes Nachtragsstatut wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Bocholt, den 10. Juli 1922.

Der Oberbürgermeister.

Der bekannt gute

Torf

hart, schwarz, ist wieder zu haben.

W. Blumentrath.

Bekanntmachung

betr. Bewertung der freien Station pp. beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Der fortgeschrittenen Teuerung entsprechend, hat das Landesfinanzamt in Münster den Wert der Natural- und Sachbezüge zur Berücksichtigung beim Steuerabzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab anderweit wie folgt festgelegt:

- 1. Für Diensthoten (männliche und weibliche, Mehrknechte und Mägde, Beihilge und Beihilgefrauen) für den Tag 15 M, für den Monat 450 M, für das Jahr 5400 M.
- 2. Für weibliche Angestellte für den Tag 21 M, für den Monat 630 M, für das Jahr 7560 M.
- 3. Für männliche Angestellte für den Tag 27 M, für den Monat 810 M, für das Jahr 9720 M.

Diese Beträge verteilen sich im einzelnen wie folgt:

- a) für freie Wohnung ohne Naturalbezüge ein Fünftel,
- b) für das erste und zweite Fünftel ein Fünftel,
- c) für das übrige zwei Fünftel.

Diese Wertfestsetzung gilt für unverheiratete Lohnempfänger. Falls mehrere Familienmitglieder gemeinsam Natural- und Sachbezüge genießen, kann bei Meinungsverschiedenheiten das Finanzamt den Wert festsetzen. Diese Wertfestsetzung bedeutet gegenüber der bisherigen Bewertung eine Erhöhung um 50 Prozent.

Bocholt, den 7. Juli 1922.

Finanzamt.

Bekanntmachung.

Die Zahlung der Teuerungszuschüsse für den Monat Juli für die Kriegshinterbliebenen und die nicht im Erwerbsleben stehenden Kriegsteilnehmer findet am Donnerstag, den 18. Juli, vormittags von 9-1 Uhr in der besten Geschäftsstelle statt.

Bocholt, den 10. Juli 1922.

Der Oberbürgermeister.

In das Handelsregister Abt. B. Nr. 23 ist heute bei der Firma „Deutsche Bank Zweigstelle Bocholt“ folgendes eingetragen:

Die Generalversammlung vom 18. Mai 1922 hat den Verschmelzungsvertrag vom 18. Mai 1922 genehmigt, durch welchen das Vermögen der Deutschen Petroleum-Mittelgesellschaft in Berlin als ganzes unter Ausschluss der Liquidation gegen Gewährung von Aktien auf die Deutsche Bank in Berlin übertragen wird, und hat beschlossen, das Grundkapital zur Durchführung dieser Verschmelzung um 300 000 000 M und ferner noch um 100 000 000 M, insgesamt um 400 000 000 M zu erhöhen. Die Erhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt 800 000 000 M.

Durch Beschluss der Generalversammlung vom 18. Mai 1922 ist der Höhe und Einteilung des Grundkapitals und dessen Erhöhung betreffende § 4 der Satzung geändert.

Bocholt, den 5. Juli 1922.

Das Amtsgericht.

Einladung

zur Stadtverordneten-Versammlung

im kleinen Saale des Schützenhauses

am Donnerstag, den 13. Juli 1922, nachm. 5 Uhr.

Tages-Ordnung:

- 1. Uebernahme des Verwaltungsamtes,
- 2. Uebernahme der Kreisverwaltungsbefugnisse,
- 3. Wahl des Beigeordneten,
- 4. Wohnungsbauprogramm für 1922,
- 5. Haushaltsplan der Stadt für das Rechnungsjahr 1922 und Deutung des durch direkte Steuern zu bedeckenden Fehlbetrags,
- 6. Gewerbesteuerordnung für das Rechnungsjahr 1922,
- 7. Verschleiss (u. a. Antrag des Kriegshinterbliebenen-Verbands auf Abänderung der Satzung auf Umbenennung der Straßen und Befestigung von Plätzen).

Bocholt, den 10. Juli 1922.

Der Oberbürgermeister.

Kleines Wohnhaus

Mitte der Stadt Bocholt, mit Kellern und einem Stallung preiswert zu verkaufen.

Näheres Leopoldstr. 30.

Mädchen

ordentlicher Eltern, am liebsten vom Lande, für kleinen landwirtschaftlichen Haushalt gegen hohen Lohn gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein älteres, selbständiges, in Küche und Hausarbeit erfahrenes

Mädchen

sucht Stellung zum 15. Aug. oder 1. September.

Angebote mit. N. 2443 a. b. Geschäftsstelle b. St.

Junges Mann sucht

Kost. Logis.

Offerten unter N. 2440 an die Geschäftsstelle b. St.

Neue

Nähmaschine

zu verkaufen. Nehme

Fahrrad

mit in Kauf.

Näheres Geschäftsstelle.

Nähmaschine

oder ein gutes Nähmaschinen

Kindersportwagen

zu kaufen gesucht.

Angebote abzugeben in der Geschäftsstelle b. St.

Ein fast neuer

Maßanzug

(Friedensanzug), für mittlere Größe umfänglich d. d. d. zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Apollo-Theater

Der herrliche Spielplan.

Dienstag Mittwoch Donnerstag

Alle Dominiel im Zusammenspiel mit Hugo Hilt in dem ergreifenden Film: „Der große Kampf“.

Anna Maria,

das Mädchen aus dem Armenhaus.

Regie: Joseph Coenen.

Der Gang in die Nacht.

Ein Tragödie in 6 Akten.

Unter freier Verarbeitung eines dänischen Filmszenariums „Der große Kampf“ von H. Bloch.

Erstklassige Rollenbesetzung mit: Max Hilt, Conrad Veldt, Erna Krenn, Gudrun Brin, Effenberg.

Ein Film, wie man ihn selten zu sehen bekommt!

Ein Meisterwerk der Schauspielkunst!

„Karlchen“ in dem originellen Lustspiel:

Eine verwechselte Verwechslung.

3 humorvolle Akte.

[4213g]

Holzschuhmacher-Zwangsinnung.

Am Donnerstag, den 13. Juli 1922, nachm. 2 Uhr findet im Gasthaus in Bocholt eine

Innungs-Versammlung

für die im westlichen Teile des Kreises Bocholt wohnhaften Mitglieder statt.

Tagesordnung: Preisfrage.

Der Obermeister.

Für 2 unverheiratete Handwerker wird

Wohnung und Beköstigung

gesucht.

Begabung wird sehrgefehl.

42186

H. Friedr. Glender & Co.

Feinsten Frankfurter

Apfelwein

literweise vom Jah. billigt jedes Quan-

tum abzugeben.

Braun's Importhaus, G. m. b. H.

Oberstr. 10. Nordstr. 11.

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt einen

(Schreibgewandten)

Laufungen.

Günstige Angebote erbe en.

[4200g]

H. Friedr. Glender & Co.,

West III, C. d. d. d. d.

Lebens-Grüßenz

für gebildete Damen, Herren oder Ehepaare, auch

Leit. Die Leitung und Ausübung eines

konkurrenzlosen Heilverfahrens

von namhaften Fachärzten stehend

begutachtet

ist für Bocholt sofort zu vergeben.

Gründliche fachärztliche Ausbildung und

kostenlose Gefährdung sehr wertvoller Apparate.

Zahlreiche Heilfälle nach demselben System

wirken mit nachweisbar durchschlagendem

Erfolge in ganz Deutschland.

Selten ausbleibende, beständige Tätigkeit.

Nur Persönlichkeiten von allerbestem Ruf

welche über ein Kapital von ca. 40-60 000 M.

und möglichst über geeignete Räume verfügen,

erhalten jede gewünschte Auskunft durch

Dr. med. Ford, Lauff, Generalarzt z. D.

Hofstraße, Heidenstr. 18.

Schweine-Versicherungs-

Verein Bocholt, a. G.

Generalversammlung.

Am 12. d. M. abends

1/8 Uhr findet im „Großen

Kursaal“ die diesjährige

Generalversammlung statt.

Die Tagesordnung:

- 1. Rechnungsablage.
- 2. Vorstands- u. Vertretungs-

männerwahl.

3. Verschleiss.

Alle Mitglieder sind

gebeten, sich zu

bescheiden, da

wichtige Beschlüsse

vorliegen.

Der Vorstand.

Es wird hiermit an die

Mitglieder des Vereins

zum 15. Juli d. J. ab

werden die Beitritts-

beiträge für die

beim festgesetzten

1. Klasse: 800 M., 2. Klasse:

150 M., 3. Klasse: 80 M.

Gleichzeitig werden die

Vorstandsmitglieder

erhöht auf:

1. Klasse: 30 M., 2. Klasse:

15 M., 3. Klasse: 8 M.

W. A. H. (Westf.),

den 7. Juli 1922.

Eisenbahndirektion.

Ein gutes

[2446m]

Sofa

mit Lederbezug, aber ein

noch gut erhaltenes Holz-

gestell mit guten Federn zu

kaufen gesucht.

Angebote erbe in der

Geschäftsstelle abzugeben.

Ein solches, grün-blau

[4208m]

Wollleid

und ein

weisses Kleid

beide wie neu, billig zu

verkaufen.

Kaiser Wilhelmstr. 284.

Von der Wirtschaft Over-

beck, Dingperloerstr., bis zum

Bäckereistr. W. H. H. H.

1 Geldtasche mit Inhalt

verloren.

Wiederbringer erhält hohe

Belohnung.

Angebote i. d. Geschäfts-

stelle b. St. oder Wirtschaft

W. H. H. H. H.

[2453m]

Bezugspreis:
Schäftsstelle ab
Markt monatlich
Geschäftsstelle
Rheide: J.

Amitt

51. Jah

D

W. B. Berli

Reichsger wurde

2. Befugung des

Gesetzes

fortgesetzt, verbur

namigen Initiat

Abg. W. H. H.

habe zur Ablehn

da das Strafge

Reichsangelegen

Bayerns entsprin

lamkeit.

Abg. G. r. f. e.

peramentvolle R

schärflich unterbr

ich für einen Bo

ich für die Bind

Reichsjustizmin

daß die Errichtu

newegs der Ver

Abg. Dr. L. e.

daß Bayern sein

Gesetzes habe.

Abg. Dr. B. e.

Jetzt können

helfen, sondern s

jetzt ausgegriffen

gen heraus ging

Paragrafen über

aus. Das Gesetz

gegen eine bestim

Ausnahmegesetz

lehnt und tut da

Abg. Dr. K. a. f.

nksvoller Eile

Prüfung der Men

Abg. Dr. S. H.

Berücksichtigung

seiner Wünsche